



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 09/2015

Einladung zum Gespräch

Als Herr Polzehl als Bürgermeister am 7. Juli in die Sporthalle des Boxvereins einlud um mit den Anwohnern über die Errichtung einer Notfallunterkunft für Asylbewerber ins Gespräch zu kommen, hatten er und seine Begleiter sicher eine andere Vorstellung vom Verlauf dieser Informationsveranstaltung. Eine vernünftige und sachliche Diskussion zum Thema war kaum möglich. Immer wieder wurden Anfragen oder Informationen durch fremdenfeindliche Parolen unterbrochen. Teilnehmer, die sich für eine Integration der Flüchtlinge einsetzen, wurden zum Teil persönlich angegriffen, Fremdenhass bewusst geschürt. Schwedt wird wieder einmal als ausländerfeindliche Stadt in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Da nützt auch alles Schönreden der letzten Jahre nichts. Damit stehen wir aber nicht allein da. Die flüchtlingspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Andrea Johlige, berichtet fast täglich über schockierende Anschläge in Brandenburg, die sich in eine ganze Kette von Anschlägen und Gewalttaten auf Flüchtlinge in der ganzen Bundesrepublik einreihen. Wie gehen wir als LINKE damit um, wie verhalten wir uns gegenüber fremdenfeindlichen Meinungen und Diskussionen? Vielleicht sollten wir auch nicht

alle über einen Kamm scheren. Andrea hat sich dazu ebenfalls geäußert:

„Da sind diejenigen, die schon immer fanden, dass Deutschland vor „Überfremdung“ geschützt werden muss, die rassistisch und fremdenfeindlich sind und die sich jetzt – auch durch AfD, Pegida & Co – wieder „trauen“, das auch laut zu sagen und gegen alle, die vermeintlich fremd sind, Vorurteile zu schüren und zu hetzen. Unser Job als LINKE ist, sie aufzuhalten. Wenn sie hetzen, wenn sie demonstrieren, wenn sie drohen und wenn sie schlagen und brandschatzen, ist es unsere Aufgabe, uns ihnen entgegen zu stellen. Mit aller Kraft. Und dann sind da diejenigen, die Vorbehalte und Ängste haben. Die anfällig sind für Ressentiments und Falschinformationen. Die Angst um ihr schönes ruhiges Leben, um ihre Grundstückspreise und um ihre Zukunftsperspektiven haben. Die Vorbehalte gegenüber allem, was „fremd“ ist haben. Um sie lohnt es zu kämpfen. Unser Job als LINKE ist es, aufzuklären, Ängste zu nehmen und Begegnungsräume zu organisieren. Mit wem man mal einen Kaffee getrunken hat, den findet man nicht mehr so bedrohlich und wem man regelmäßig im Sportverein über den Weg läuft, der gehört irgendwann zu uns.“

Wenn wir Ängste nehmen wollen, müssen wir geeignete Wege finden um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Bis die ersten Asylbewerber in der Notfallunterkunft in Schwedt eintreffen, besteht noch viel Handlungsbedarf. Nicht nur hinsichtlich der Umrüstung der ehemaligen Grundschule

Fortsetzung auf Seite 2

Hässliche Deutsche?

Der hässliche Deutsche, ursprünglich ein Klischeebild mit Bezug auf die Deutschen und ihre Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg, das sich mit den Verbrechen während des Nationalsozialismus in Deutschland wieder vertiefte. Da haben wir jahrelang dafür gekämpft dieses negative Bild in ein positives vom netten, freundlichen Deutschen umzuwandeln und nun das! Deutschland beteiligt sich im Rahmen der EU an der Bereitstellung von hunderten Milliarden Euro an Garantien und Direkthilfen, um Banken und Staaten zu retten und das Währungssystem zu stützen. Und dann wirft man uns doch tatsächlich vor, Berlin habe sich gegenüber Athen unsolidarisch verhalten, demütige die Griechen und trete wie ein Hegemon in Europa auf. Wir werden als kalte und hartherzige Menschen wahrgenommen. Plötzlich sind wir wieder der „hässliche Deutsche“ der kompromisslos und überzogen den Staaten Südeuropas eine Austeritätspolitik aufzwingt. Und wie reagieren wir Deutschen? Kein Aufschrei, im Gegenteil, Schäubles Politik wird mehrheitlich begrüßt und bejubelt. Auch in der gegenwärtigen Flüchtlingspolitik zeigten wir uns bisher nicht nur von unserer besten Seite. Asylunterkünfte werden in Brand gesteckt, bevor sie überhaupt belegt wurden, Fremdenhass geschürt. Es geht längst nicht mehr nur um Griechenland, es geht um eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa. Es geht um ein uneigennütziges Handeln der deutschen sowie aller anderen europäischen Politiker und um einen langen Atem der vielen freiwilligen und freundlichen Helfer.

Sylvia Anklam

Aus dem Inhalt:

Mitgliederversammlung	S.1
Lokalpolitik	S.2
Solidarität mit Flüchtlingen	S.3
Asylgesetz	S.4
25 Jahre SODI	S.4
Referendum in Griechenland	S.5
Termine	S.6

in eine Unterkunft und der damit verbundenen organisatorischen Maßnahmen. Es fehlt an Präventions- und Informationsmaßnahmen. Die Veranstaltung vom 7. Juli mit mehreren Hundert Teilnehmern war sicher nicht der

geeignetste Weg. Der Landkreis, die Stadt, Parteien und das Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit müssen gemeinsam agieren. Auch unsere Jugendlichen in den Schulen sollten einbezogen werden. Sie selbst haben auf der Beratung

über Unwissen und fehlende Informationen zu Flüchtlingen in Deutschland und die Gründe ihrer Flucht geklagt.

Sylvia Anklam

10 Punkte-Papier zur aktuellen Asylpolitik

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat bereits im Januar 2015 in dem Antrag „Flüchtlinge willkommen heißen“ umfassende Vorschläge „Für einen grundlegenden Wandel in der Asylpolitik“ gemacht). Die folgende Auflistung bringt diese Forderungen unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung und von Vorschlägen der LINKEN „Für eine Umkehr in der EU-Asylpolitik noch einmal auf den Punkt.

1. Menschenwürdige Flüchtlingsaufnahme in Verantwortung des Bundes –

statt Überforderung der Kommunen
 2. Neues Leitbild: Integration von Beginn an – statt ausgrenzender Gesetze
 3. Gegen eine Einteilung in vermeintlich ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Flüchtlinge
 4. Gegen Lager und Zwangsverteilung – dezentrale Unterbringung und sozialen Wohnungsbau stärken
 5. Schnelle und faire Asylverfahren – das BAMF durch großzügige Sonderregelungen wieder arbeitsfähig machen
 6. Aufnahmebereitschaft und zivilgesellschaftliche Initiativen stärken

7. Rassismus in der Gesellschaft aktiv und umfassend bekämpfen
 8. Für eine grundlegende Reform der EU-Dublin-Verordnung
 9. Für sichere und legale Einreisewege – das Massensterben an den EU-Außengrenzen beenden
 10. Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen

Mit ausführlichen Erläuterungen nachzulesen auf der Webseite DER LINKEN im Bund.

Flucht ist kein Verbrechen – Entkriminalisierung rettet Leben

Über 70 Tote im Schleuser-LKW und wieder hunderte Tote im Mittelmeer. Wer Flüchtlinge kriminalisiert, und somit Schleusern überlässt, ist mitschuldig! Flucht darf kein Verbrechen sein, so Katina Schubert, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der Partei DIE LINKE. Sie erklärt weiter:

"Ungarn will härter gegen Flüchtlinge vorgehen, Großbritannien macht regelrecht Jagd auf "Illegale" und Deutschland hat sein Asylrecht so verschärft, dass Flüchtlinge fast automatisch zu Kriminellen werden. Wer so eine Politik

macht, trägt Mitverantwortung für die Toten im Mittelmeer, die Toten im Schleuser-LKW von Wien und jedes Opfer, das die Festung Europa an ihren Grenzen fordert. Trauer, Ohnmacht und Wut begleiten uns leider jeden Tag - dabei wäre eine Lösung so einfach: Weg mit einer Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung setzt, weg mit einer Flüchtlingspolitik, die Flüchtlinge kriminalisiert. Weg mit dem Krieg gegen Schlepper, weil er in Wahrheit ein Krieg gegen Flüchtlinge ist. Selbst der Bund der Kriminalbeamten in Deutschland

macht sich für die Entkriminalisierung der illegalen Einreise stark. Dem sollte sich deren Dienstherr, Innenminister de Maizière, schleunigst anschließen - alles andere ist Heuchelei. Es gibt nur einen Weg, Schleusern das Handwerk zu legen, ihnen die "Geschäftsgrundlage" zu entziehen: Es muss legale Wege für Flüchtlinge nach Europa geben. Das zwingt Menschen in Not nicht länger, ihr Leben in die Hand von Schleppern zu legen."

Zum Gedenken an den Weltfriedenstag

70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges sind wieder Krieg und Gewalt nach Europa zurückgekehrt. Weltweit sind viele Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung wie seit 1945 nicht mehr. Gerade deshalb ist es wichtig, sich nicht nur an diesem Tag an den Wert des Friedens zu erinnern. Aus diesem Anlass trafen sich, wie schon seit Jahren in guter Tradition, Schwedter



Bürger auf dem Neuen Friedhof, um Blumen niederzulegen und der Opfer der beiden Weltkriege zu gedenken. Dieser Tag soll uns immerwährende Mahnung sein, dass Kriege, egal welcher Art, immer mit Leid, Tod und Verlust für die betroffenen Menschen verbunden sind.

Sylvia Anklam

Geld für Kindergärten ist purer Luxus

Das Thema beschäftigt uns seit der gemeinsamen Veranstaltung am 13. Februar 2015, zu der die Träger von Kindertagesstätten (Lebenshilfe, EJF, UBV, Kirchengemeinde, Verein „Leg los – werd groß“) und der Kinder- und Jugendbeauftragte Jan Stockfisch die Parteien eingeladen hat. Grund dafür war, dass die bisherige Bezuschussungspraxis nicht mehr die aktuelle Situation vor Ort widerspiegelt, d. h. zu massiven Defiziten bei den freien Trägern von Kindergärten, die immerhin 2/3 der Schwedter Kinder betreuen, führt.

Nach der o. g. Zusammenkunft wurde von den freien Trägern, dem Kinder- und Jugendbeauftragten und der Stadtverwaltung eine Arbeitsgruppe Finanzierungsrichtlinie gebildet. Eine derartige Herangehensweise wurde übrigens schon 2014 der Stadtverwaltung und den Abgeordneten der SVV vorgeschlagen. Die Träger haben dazu ihre tatsächlichen Betriebskosten des Betriebsjahres 2014 erfasst, um eine Neubewertung zu ermöglichen. Allerdings hat Herr Wiesner als Fachbereichsleiter Ende Mai in Auswertung der Ergebnisse der Träger eine eigene Richtlinie aus Sicht der Stadt erarbeitet.

Worum geht es eigentlich? Es geht nicht um die Finanzierung der Personalkosten, die ja vom Land bzw. Kreis durchschnittlich zu 84% für jeden belegten Platz getragen werden (Den Rest muss der Träger erbringen.). Es geht um die sog. Sachkosten. Hier hat der Gesetzgeber einen Ermessensspielraum zugelassen, dass "bei sparsamer Betriebsführung und nach Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmemöglichkeiten" bei der Bewirtschaftung von Gebäuden und Grundstücken eine Bezuschussung möglich werden kann. So ist es im KITA-Gesetz Brandenburg formuliert. Doch die Bewirtschaftung erfasst natürlich auch andere Kosten, die in der Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung unter Sachkosten beispielhaft aufgeführt sind. Das sind z. B. Aufwendungen für die pädagogische Arbeit einschließlich Spiel- und Beschäftigungsmaterial, Elterntarbeit, Reinigung einschließlich

Wäschereinigung und Sanitärbedarf, Ersatz und Ergänzung von Einrichtungsgegenständen.

Die Stadt hat nun vorgeschlagen einen Teil der Sachkosten, deren Höhe sie aus den Kosten der städtischen Kindergärten bestimmt hat, den anderen Kita-Trägern als Pauschale zu zahlen. Alle Kosten, die auch in städtischen Kitas getragen werden müssen, ist die Stadt nicht bereit zu übernehmen. Daher gibt die Stadt für die einen Kinder ca. 50€/Monat aus, für die anderen weit über 100€/Monat. Ob zusätzlich zur Pauschale noch mehr gezahlt wird hängt vom Ermessen der Verwaltung ab, die in der Richtlinie noch nicht einmal definiert hat, was sie als sparsame Betriebsführung ansieht.

Der Nachteil besteht im Verlust der Planungssicherheit für die Träger. Und das ist der Knackpunkt in dieser Angelegenheit.

Die MOZ betitelte das am 23.07.2015 so: „Stadt zwingt freie Kita ins Defizit“. Das es auch anders gehen kann, zeigt die Praxis in vielen Städten und Gemeinden, die nicht auf dem „Ermessen“ des Gesetzgebers pochen, sondern aktiv die freien Träger unterstützen. Im Sozialgesetzbuch VIII heißt es dazu, dass gleiche Grundsätze und Maßstäbe für die öffentlichen und freien Träger anzuwenden sind.

Unser Hauptziel war, für die freien Träger eine ausreichende Finanzierung und Planungssicherheit zu erreichen. Wir haben dafür gesorgt, dass eine Sachverständigen im Kultur-, Bildungs- und Sportausschuss am 01.09.2015 Rederecht erhielt. Außerdem wurde ein Änderungsvorschlag zur Vorlage 115/15 der Stadt mit den Trägern vorbereitet, der aber keine Mehrheit im Ausschuss fand. Die Gegenstimmen kamen dabei von der SPD und der FDP. Zugestimmt hatten die Fraktion FBI und die CDU, obwohl der CDU-Antrag auf Zurückweisung der Vorlage an die Verwaltung ebenfalls gescheitert war.

Um die völlig inakzeptablen Vorschläge der Verwaltung noch zu verhindern, haben wir uns mit der CDU und FBI auf die gemeinsamen Punkte verständigt und einen weiteren

gemeinsamen Antrag eingebracht. Dieser enthält zwar weniger Forderungen nach direkter Erhöhung der Mittel, aber soll die Stadt zwingen, die Kriterien für die Zuschüsse sehr genau zu definieren. Die dadurch entstehende Planungssicherheit, würde in der Folge sukzessive zum Anstieg der verfügbaren Mittel in den Kitas führen - und zwar auf ehrliche und transparente Weise. Die Abstimmung findet am 17.09. statt.

Irmtraut Giel

Kommentar

Die Diskussionen über Kita-Gebühren, Kita-Finanzierung, Mittagessen in Kitas aber auch Anderes offenbaren die Absurditäten des Föderalismus.

Es gibt ein Landesgesetz, das den Betrieb der Kitas regeln soll und an das sich alle halten müssen. Aber es ist so schwammig, dass es jeder anders auslegen kann. Daher gibt es noch eine Verordnung, mit der der Minister erklärt, wie das Gesetz zu verstehen ist. Aber auch da steht nur, dass die Kommunen zur Umsetzung der ihnen durch das Gesetz gegebenen Aufgaben doch selbst eine Regelung finden sollen. Und zu allem Übel bestimmt das Gesetz zwar mehrere Finanzierungssäulen, die diverse Anteile der einzelnen Ausgabeposten decken sollen, aber in der Summe bleibt da eine Lücke. Also fangen die verschiedenen Verwaltungsebenen (Kom-mune, Kreis, freie Träger) an sich die Kosten hin und her zu schieben, in der Hoffnung, dass sie dann doch irgendwie nicht anfallen.

Letztlich geht es hier um die Erfüllung öffentlicher Aufgaben mit öffentlichen Mitteln. Da Kinderbetreuung und -bildung aber eine Aufgabe ist, die im ganzen Land mit gleichen Maßstäben erfüllt werden soll, wäre eine konkrete gesetzliche Regelung zielführend. Es hilft weder Kindern noch Erziehern, wenn sich die Verwaltungen streiten, wer was bezahlen soll - und billiger wird es davon auch nicht, höchstens durch Lohn-drückerei und Fahren auf Verschleiß.

Andreas Grote

Erfolgreicher Infostand

Bei schönem Wetter konnte der erste Infostand in diesem Jahr am 24. Juli vor dem CKS durchgeführt werden. Unter dem Motto „Das muss drin sein“ hatte Detlef jede Menge Informationsmaterial vorbereitet, welches vier engagierte Genossen an den Mann und die Frau brachten. Mehrere Bürger sprachen uns verwundert an und fragten „Sind denn schon wieder Wahlen?“ Nein, unser Anliegen besteht darin, eben nicht nur im Wahlkampf mit den Wählern ins Ge-

spräch zu kommen und uns ihre Anliegen anzuhören. Im Mittelpunkt vieler Gespräche stand die aktuelle Flüchtlingsproblematik. Die ehemalige Grundschule „Ehm Welk“ in der Leverkusener Straße wird als Notfallunterkunft für Asylbewerber hergerichtet. Ich hatte Flyer aus der Stadtverwaltung organisiert, in denen Fragen und Antworten zu Flüchtlingen in Schwedt gut erklärt werden. Einige Bürger erklärten offen ihre Angst und Besorgnis vor ra-

dikalen Islamisten und den fremden Kulturen. Wir kamen mit ca. 50 Bürgern ins Gespräch und verteilten unser Material. Das war eine gute Möglichkeit, Flagge zu zeigen. Bei einem weiteren Infostand am 4.9.2015 kamen wir abermals mit vielen besorgten Bürgern ins Gespräch. Unmittelbar nach dem Weltfriedenstag standen die Krisenherde in Europa und damit auch wieder die Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt.

Doris Meyner

Die LINKE und der EURO

Im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise sagte Sahra Wagenknecht in einem Artikel der Zeitung "Die Welt" vom 21.08.15 u.a. Es zeigt sich einfach, dass der Euro nicht funktioniert, sondern immer größere wirtschaftliche Ungleichgewichte erzeugt, und am dramatischsten zeigt sich das eben in Griechenland", nachzulesen auf der Internetseite von Sahra. "Darum beginnt in der Linken zu Recht eine Debatte darüber, welchen Spielraum eine Politik jenseits des neoliberalen Mainstreams

im Rahmen des Euro überhaupt hat oder ob wir dieses Währungssystem nicht generell infrage stellen müssen."

Im ND vom 24.08.2015 konterte Die Vorsitzende DER LINKEN Katja Kipping mit Blick auf Wagenknechts Äußerungen, »sie hat recht, wenn sie das neoliberale Diktat der Euro-Gruppe kritisiert. Aber diese neoliberale Politik ist ja nicht im Euro festgeschrieben«, sondern sei letztlich ein Ergebnis der politischen Kräfteverhältnisse in Europa. Das dies derzeit so ist, führte K. Kipping un-

ter anderem auf den »Totalausfall der Sozialdemokratie in ganz Europa« zurück. Wenn es in dem Verhandlungskonflikt zwischen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und dem linksgerichteten griechischen Regierungschef Alexis Tsipras »eine starke Sozialdemokratie gegeben hätte, die auch ihre Funktion wahrnimmt, dann hätte man ja leicht einen keynesianischen Weg aus der Krise finden können«, so K. Kipping.

Nicht nachlassen in der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba

Der begonnene Prozess der Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Havanna ist ein großer politischer und diplomatischer Erfolg Kubas. Dieser Prozess wirft aber auch Fragen auf, schafft Verunsicherung und Ängste: Wird Kuba neben diesem mächtigen Nachbarn seinen sozialistischen Weg fortsetzen können? Wie werden sich die Kubaner gegenüber Lateinamerika verhalten, wenn sie jetzt mit den USA verhandeln? Und ist es überhaupt noch notwendig, Solidarität mit Kuba zu üben? - Wir meinen: Kuba hat sich nie von seinen sozialistischen Idealen, seinen Prinzipien, von seinem beispielhaften Internationalismus abbringen lassen und wird diesen Weg fortsetzen. Deshalb braucht das Land auch weiterhin unsere Solidarität.

Es ist beispielhaft, wie Kuba trotz der

seit mehr als 50 Jahre andauernden Blockade der USA seine Ressourcen für Bildung, Gesundheit, soziale Projekte,



Für Kuba beim Maifest in Mescherin

Sport und Kultur einsetzt. Selbst in der schweren Wirtschaftskrise der 1990er Jahre ist es Kuba unter großen Anstrengungen gelungen, die Errungenschaften seiner Revolution, wie z. B. das kostenfreie Gesundheitswesen und Bildungssystem, zu bewahren.

Solidarität mit dem sozialistischen Kuba bedeutet, einen Beitrag für den Weiterbestand und die Entwicklung einer gesellschaftspolitischen Alternative zu Imperialismus und Neoliberalismus zu leisten.

Da die jetzige Situation in Kuba oft gern mit dem Ende der DDR verglichen wird, hier ein Buchtipp:

Volker Hermsdorf / Hans Modrow, Gespräch über Kuba - Amboss oder Hammer, Verlag Wiljo Heinen

In diesem Buch wird sehr gut aufgezeigt, worin die geschichtlichen Unterschiede zwischen der Entwicklung der DDR und dem sozialistischen Kuba bestehen.

Viele Fragen zu diesem Thema können auch beim „Politischen Frühschoppen“ am 24. Oktober 2015, geklärt werden.

Bärbel Mack, CubaSi

Im Herbst 2015 geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir fordern:

TTIP & CETA stoppen!

Für einen gerechten Welthandel!

Sonnabend 10. Oktober 12.00 Uhr Berlin HBF

Mit einer bundesweiten Großdemonstration werden wir am 10. Oktober in Berlin ein kraftvolles Zeichen setzen. Wir werden deutlich machen, dass gesellschaftliche Errungenschaften wie Umweltschutz, Verbraucherschutz und ArbeitnehmerInnenrechte unverhandelbar sind. Auch eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft und die kulturelle Vielfalt sind Werte, die es zu schützen und auszubauen gilt.

Nur gemeinsam mit vielen Menschen wird es uns gelingen, die geplanten Abkommen zu stoppen und unsere Forderungen für eine soziale und ökologische Globalisierung umzusetzen.

Machen sie mit!

Unterstützen sie den Protest gegen TTIP & CETA!

Unterschreiben Sie unseren Aufruf

Unterstützen Sie die Demonstration

DAS TTIP – STOPPEN - BÜNDNISS

Zur Übergabe der Büste von S. Samodur

Liebe Cornelia Schulz,
es ist uns, dem Stadtvorstand der Partei DIE LINKE, eine angenehme Pflicht, im Namen unserer Mitglieder und Sympathisanten Ihnen heute die nun in Bronze gegossene Büste des Semjon Solomowitsch Samodur, des großartigen Puppenspielers im weltberühmten Moskauer Zentralen Puppentheater, wieder zu übergeben.

Für ihre Fertigstellung haben die Leser der Zeitung unseres Stadtverbandes monatelang Euro für Euro zusammengetragen. Es war uns eine Herzensangelegenheit, den Guss der Büste bis zum 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Fa-

schismus, zu ermöglichen. Als Dauerleihgabe wird sie ab heute ihren Platz haben im Fundus der Werke unseres leider viel zu früh verstorbenen Genossen Axel Schulz und dort für immer von der tiefen und schöpferischen Freundschaft zwischen sowjetischen und deutschen Künstlern künden, - von einer Freundschaft, die sich ergab und entwickelte im Gefolge des Sieges der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den Hitler-Faschismus. Beide Künstler – so meinen wir – fühlten sich zutiefst der Idee verbunden, eine neue, friedliche Welt zu schaffen, in der der Mensch des Menschen Freund sein kann und sich nicht mehr zu Krieg und Vertreibungen ver-

führen lässt. Die politischen Entwicklungen seit 1990 und im neuen Jahrtausend zeigen, dass die Verwirklichung dieser Idee noch großer menschlicher Vernunft und Tatkraft erfordert. Möge die Betrachtung dieser Büste wie auch aller anderen Werke von Axel Schulz diese Gedanken immer wieder wecken und entsprechendes Denken und Tun befördern.

Wir danken Ihnen, liebe Cornelia Schulz, dass Sie uns die Entstehungsgeschichte dieser Büste und Freundschaft nahe gebracht haben.

Alles Gute für Sie!

**Sylvia Anklam
Stadtvorstand DIE LINKE**

Termine

SVV	17.09.2015 16:00 Raathaussaal
Führung mit C. Schulz	19.09.2015 17:00 Galerie am KIETZ
Stadtvorstand	24.09.2015 16:30 Fraktionsraum
Kreisvorstand	07.10.2015 18:30 Prenzlau
Stadtvorstand	08.10.2015 16:30 Fraktionsraum
Diskussionsabend	15.10.2015 16:30 Fraktionsraum

Zu empfehlen

Am Donnerstag, dem 01. Oktober 2015 um 19.30 Uhr tritt Gregor Gysi mit einer Lesung zu seinem Buch „Nachdenken über Deutschland, Wie weiter?“ im Kleinen Saal der Uckermärkischen Bühnen auf.
Der Eintritt kostet 17,55 Euro

UND ZUM GUTEN SCHLUSS

gibt die Wahlleiterin im Wahlgebiet Schwedt/Oder am 28. August 2015 öffentlich Bekannt, dass gemäß § 60 Abs. 7 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes in der Stadtverordneten-versammlung Schwedt/Oder der Sitz von Frau Nadine Hanuschke (früher Heckendorf, Bunte Liste) ab 1. September 2015 auf Herrn Peter Fuchs übergeht.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

23.09.15 Ingeborg Kirsch zum 75. Geburtstag

Des Weiteren gratulieren wir

17.09.15	Astrid Schönherr	zum 61. Geburtstag
21.09.15	Frank Bismar	zum 52. Geburtstag
22.09.15	Gerhard Orłowski	zum 82. Geburtstag
23.09.15	Ingeburg Springer	zum 86. Geburtstag
24.09.15	Simone Kams	zum 44. Geburtstag
26.09.15	Manfred Giel	zum 71. Geburtstag
27.09.15	Werner Pavel	zum 81. Geburtstag
01.10.15	Karl Grödel	zum 93. Geburtstag
05.10.15	Günter Fischer	zum 64. Geburtstag
06.10.15	Rosemarie Klaschka	zum 72. Geburtstag
09.10.15	Reiner Prodöhl	zum 63. Geburtstag
10.10.15	Irmgard Rothnick	zum 81. Geburtstag
10.10.15	Catharina Klahre	zum 79. Geburtstag
12.10.15	Günter Bressel	zum 81. Geburtstag

Wir trauern um

Hans-Dietloff Zeising, verstorben am 25.07.15 im Alter von 69 Jahren



Rainer Sturm/ pixelio.de

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 10/2015: 09.10.15, Abholtermin: 15.10.15

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE
LINKE. Schwedt
Tel./Fax: (03332) 31928

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam

Gestaltung:

A. Grote, D.Meyner

Druck:

L.Schüler

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE
LINKE. Schwedt

Sprechzeiten und Kontakte

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 28.09.15, 10-12 Uhr und 16:00-
17:00 Uhr

Mo, 05.10.15, 10-12 Uhr und 16:00-
17:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE

vor Ort in den Wahlkreisen

Postanschrift: Auguststraße 2, 16303
Schwedt

Internet-Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

schwedt@dielinke-uckermark.de

DIE LINKE Schwedt/Oder Fraktion

SSV

Tel. 839334

Webseite:

<http://www.dielinke-uckermark.de>

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!